

Jungfreisinnige provozieren mit Forderung

Neues Positionspapier Wer eine Hochschulausbildung macht, soll anschliessend die Kosten dafür abzahlen. Dies fordert die Jungpartei der FDP – und erntet dafür Kritik.

Jacqueline Büchi
und **Nina Fargahi**

Die Mutterpartei machte es vor: Unter ihrem Präsidenten Thierry Burkart veröffentlichte die FDP vergangenes Jahr ein Bildungspapier, das die öffentliche Debatte über Wochen prägte. Darin forderte die Partei unter anderem die Abschaffung der integrativen Schule.

Offenbar haben auch die Jungfreisinnigen das Potenzial der Bildungsdebatte erkannt. An ihrer Delegiertenversammlung im Dezember verabschiedeten sie ebenfalls ein Positionspapier zum Thema. Das Dokument, das dieser Zeitung vorliegt, enthält zehn Forderungen, die zu einem guten Teil mit denen der Mutterpartei übereinstimmen.

Wie die FDP hält auch die Jungpartei die integrative Schule für gescheitert. Auch sie stört sich an der Bürokratie im Klassenzimmer, betont die Bedeutung von Schulnoten und fordert eine praxisnähere Ausbildung der Lehrpersonen.

Darüber hinaus nehmen die Jungfreisinnigen aber auch die tertiäre Bildung ins Visier, also die Ausbildung an Fachhochschulen und Universitäten. Unter anderem verlangen sie, dass angehende Studierende besser über die «Arbeitsmarktaussichten, Gehälter und Kompetenzerfordernisse in verschiedenen Berufen informiert werden».

Nach ihrer Diagnose brechen zu viele junge Menschen ihr Studium ab oder wechseln den Ausbildungsweg, weil sie sich über diese Aussichten nicht im Klaren seien. Eine nationale Plattform, die all die Daten übersichtlich darstellt, soll künftig als Entscheidungshilfe dienen.

Wurde auch schon diskutiert

Politisch brisant ist ein weiterer Vorschlag: Die Jungfreisinnigen fordern nachgelagerte Studiengebühren, die nach dem Hochschulstudium zurückgezahlt werden müssen.

Laut Jonas Lüthy, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, ist die Forderung eine Reaktion darauf, dass gut ausgebildete Menschen in der Schweiz vermehrt Teilzeit arbeiten würden. «Früher zahlten Akademiker ihre Studienkosten meist indirekt zurück, indem sie nach dem Studium in einem hohen Pensum in einem gut bezahlten Job arbeiteten und genügend hohe Steuern bezahlten.



Forscherinnen und Bildungspolitiker halten nichts vom Vorstoss der Jungfreisinnigen: Studierende an der Hochschule St. Gallen. Foto: Christian Beutler (Keystone)

Heute erodiert dieser Gesellschaftsvertrag zunehmend.»

Eine «verursachergerechte» Rückzahlungspflicht könnte die Situation wieder ins Lot bringen, glaubt Lüthy. Die nachgelagerte Gebühr müsste laut ihm so ausgestaltet sein, dass nur diejenigen draufzahlen, deren Einkommenssteuern unter einem die Studienkosten deckenden Schwellenwert liegen.

Es ist nicht das erste Mal, dass das Thema die Politik beschäftigt. Vor ziemlich genau drei Jahren sorgte der bekannte Bildungsökonom Stefan Wolter mit einem Plädoyer für eine solche Rückzah-



Matthias Aebischer (l.) und Jonas Lüthy. Fotos: Christian Pfrunder, PD

lungspflicht für Aufsehen. Im vergangenen März veröffentlichte auch die liberale Denkfabrik Avenir Suisse eine Analyse dazu. Die Autoren verwiesen unter anderem auf die Erfahrungen aus Australien und England – beide Länder kennen Varianten von nachgelagerten Studiengebühren.

Die Kritik folgte jeweils postwendend. Barbara Zimmermann und Leo Röhlke, die an der Universität Bern im Bereich der Bildungssoziologie forschen, machten in einem Gastkommentar in dieser Zeitung darauf aufmerksam, dass Frauen überproportional unter einer solchen Rückzahlungspflicht leiden würden, da sie sich häufiger um die Kinderbetreuung kümmern und darum eher Teilzeit arbeiteten.

Die beiden Forschenden stellen sich auf den Standpunkt, es greife zu kurz, Bildungsinvestitionen lediglich unter dem Gesichtspunkt der Steuereinnahmen zu betrachten. Der Staat bilde Medizinstudentinnen und -stud-

ten nicht aus, damit diese später hohe Einkommenssteuern bezahlten, sondern in erster Linie, um eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Und schliesslich sei es gut möglich, dass die soziale Ungleichheit verstärkt werde, «wenn mit der Studienwahl ein schwerer zu kalkulierendes finanzielles Risiko verbunden wird».

Eine «absurde Idee»

Auch linke Bildungspolitiker halten wenig von der Idee. Vor knapp zwei Jahren hat sich die nationalrätliche Bildungskommission mit dem Thema befasst und Experten dazu angehört. SP-Nationalrat Matthias Aebischer fand die Idee schon damals «absurd» und sagt heute: «Die FDP und die Jungfreisinnigen machen Politik für Menschen mit viel Geld – es müsste doch umgekehrt sein: Wer dank seines Studiums später einen guten Job hat und viel verdient, könnte die Kosten seiner Ausbildung zurückerstatten.»

Allerdings ist Aebischer dafür, dass die Ausbildung generell nichts kostet. «Das ist der Inbegriff der Chancengleichheit», sagt er und fügt hinzu: Den Jungfreisinnigen würde es besser anstehen, etwa bei den Vergünstigungen der Kinderbetreuung vorwärtszumachen. «Weil Kitas in der Schweiz so teuer sind, führt das zu mehr Teilzeitarbeit – dort müsste man ansetzen.» Das habe auch der Arbeitgeberverband erkannt. Dessen früherer Präsident und FDP-Mitglied Valentin Vogt engagierte sich an vorderster Front für günstigere Kita-Plätze. Dies, um Mütter auf dem Arbeitsmarkt zu halten.

Jungfreisinnigen-Chef Jonas Lüthy, der selbst Rechtswissenschaften studiert, lässt die Einwände nicht gelten. Natürlich sei es nicht das Ziel, Mütter mit einer Teilzeitstrafe zu belegen. «Die Idee ist geschlechtsneutral formuliert. Es liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Paares, sich die Erwerbs- und Familienarbeit

so aufzuteilen, dass beide nach dem Studium in einem vernünftigen Pensum arbeiten können.»

Für Menschen, die nach dem Studium unfreiwillig arbeitslos werden oder die aufgrund einer Unternehmensgründung oder einer Elternzeit nur wenig finanzielle Mittel haben, könnten zudem Ausnahmen vorgesehen werden.

Dass eine Rückzahlungspflicht Menschen mit bescheidenen Mitteln von einem Studium abschrecken könnte, glaubt Lüthy nicht. «Im Gegenteil: Da Nachzahlungen erst nach dem Studium anfallen und auch nur jene betreffen, die sich nicht durch ausreichende Erwerbsarbeit verdient machen, öffnet unser Vorschlag finanziell Benachteiligten den Zugang zum Studium und fördert die Chancengerechtigkeit.»

Auf welchem Weg der Vorschlag in die politische Arena getragen werden soll, ist laut dem Präsidenten der Jungfreisinnigen noch offen. Gespräche innerhalb der Partei seien im Gang.